



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 14. Januar 2026

### 5687. 2025/3

**Parlamentarische Initiative von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 08.01.2025: Verzicht auf die Erhebung der Mengengebühr bei der Anlieferung von Sperrgut bis zu einer bestimmten Menge, Ergänzung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (AS 712.110)**

Antrag der Parlamentarischen Initiative

Die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) vom 2. Februar 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Art. 45 Abs. 2bis [Ergänzung]

Bei Anlieferung von Sperrgut an dezentral oder zentral gelegenen Orten verzichtet die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühr pro Haushalt und Jahr für die folgenden Mengen:

- a. in den Jahren 2025-2027: 200 kg
- b. ab dem Jahr 2028: 100 kg

Art. 45 Abs. 3 [Anpassung]

Für die Anlieferung von Kleinmengen bis 25 kg und bei Sperrgutaktionen, die der Entrümpelung von Haushalten dienen, kann die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühren für Sperrgut verzichten.

Referat zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsmehrheit:

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** Am 8. Januar 2025 reichten die drei erwähnten Herren – darunter auch meine Wenigkeit – die Parlamentarische Initiative (PI) ein. Am 29. Januar 2025 wurde sie mit 96 Stimmen vorläufig unterstützt. Die Idee dahinter: Man will die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung ergänzen oder ändern. Insbesondere soll bei der Anlieferung von Sperrgut an dezentral oder zentral gelegenen Orten auf eine Erhebung einer Mengengebühr für folgende Mengen verzichtet werden: In den ersten Jahren 2025, 2026 und 2027 bis 200 Kilogramm und ab dem Jahr 2028 bis 100 Kilogramm. Das bedeutet ein Teilrückkommen auf die Gutscheine von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ), die es bis im Jahr 2024 gab. Für Kleinmengen bis 25 Kilogramm soll generell auf eine Gebühr verzichtet werden können, um die Sammlung zur Verwertung und Entsorgung von Abfällen zu vereinfachen. In der Vergangenheit unterstützte das ERZ die Abfallentsorgung mit Entsorgungscoupons. Jedes Jahr wurden an sämtliche Haushalte in der Stadt Zürich vier Gutscheine à 100 Kilogramm verteilt, mit denen Sperr-, Metall-



und Grubengut gratis entsorgt werden konnte. Diese Coupons konnten ausschliesslich an den zentralen Recyclinghöfen eingesetzt werden. Bei uns soll es auch dezentral machbar sein. Der Stadtrat will die Coupons abschaffen und hat für das Jahr 2025 keine mehr verteilt. Mit dem dringlichen Postulat GR Nr. 2024/413 vom 4. September 2024 wurde die Prüfung und Beibehaltung von zwei Entsorgungscoupons während einer Übergangszeit verlangt. Die Mehrheit des Gemeinderats stimmte am 25. September 2024 auch diesem Postulat mit 91 zu 16 Stimmen zu. In der Budgetdebatte wurden mit dem Antrag 059 Gelder für den Versand der Coupons vorgesehen. Damit hat der Gemeinderat die Grundlagen geschaffen, dass man zumindest zwei Coupons während der Übergangszeit wiedereinführen könnte. Trotzdem hält der Stadtrat an der Abschaffung der Coupons fest. Der Gemeinderat könnte deren Wiedereinführung gemäss der Auffassung des Stadtrats aber mittels Motion oder PI verlangen. Das war der Grund für die vorliegende PI. Wir verlangen, gestützt auf den Artikel 138 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), die Anpassung und Änderung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) vom 2. Februar 2022. Übergangsrechtlich ist sicherzustellen, dass beim Inkrafttreten der angepassten Verordnung alle Haushaltungen rückwirkend Gutscheine für das Jahr 2025 erhalten. Das Ziel der PI ist es, die Entsorgung des Sperrguts in den zentralen Entsorgungsstellen Hagenholz, Looächer und Werdhölzli sowie den zukünftig geplanten 30 dezentralen mobilen Recyclinghöfen weiterhin für eine bestimmte Freimenge unentgeltlich zu ermöglichen. Wie gesagt, möchten wir diese Freimenge reduzieren. Für uns ist das auch ein Anreiz zur umweltgerechten Entsorgung. Aber einkommensschwache Haushalte oder Leute mit eingeschränkter Mobilität sollen die Möglichkeit haben, kostenlos und mit entsprechenden Hilfsmitteln wie einem Auto Sperrgut zu entsorgen. Unser Ziel ist ein breiter Konsens, um die Sperrgutentsorgung in der Stadt möglichst konsumentenfreundlich und nachhaltig zu gestalten sowie die Recycling- und Kreislaufquote zu erhöhen. Die PI soll positive Anreize im Sinn einer Belohnung setzen. Wie Dr. Emanuel Tschannen (FDP) sagte, ist der Verzicht auf die Gebühren für die Freimengen ein Preis für die Ankurbelung der Kreislaufwirtschaft. Innerhalb der Kommission wurden prozedurale Fragen geklärt. Wir haben immer noch das Verursacherprinzip, das partiell aufgehoben, aber nicht ausgehebelt ist. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) äusserte sich dazu und dessen Vorsteherin unterbreitete einen vierteiligen Lösungsvorschlag: Man will das Angebot in den Quartieren mit den mobilen Recyclinghöfen ausbauen, die Kartonsammlungshäufigkeit verdoppeln – das wurde ab diesem Jahr mit der wöchentlichen Kartonabfuhr eingeführt, man will Metall von Entsorgungsgebühren befreien und die Einlieferung im Recyclinghof vergünstigen, aber nicht kostenlos machen. Diese Vorschläge von STR Simone Brander stiessen in der Kommission bei allen Fraktionen auf Zustimmung. Nichtsdestotrotz haben die Initianten – aber auch weitere Parteien – fünf weitere Forderungen, die «conditio sine qua non» sind, damit wir auf die PI verzichten. Es handelt sich dabei um die kostenlose Freimenge unabhängig vom Verkehrsmittel, die Gleichbehandlung mobiler mit stationären Recyclinghöfen, längere Öffnungszeiten der mobilen Recyclinghöfe, die rückwirkende Aufnahme der Rechtsgrundlage für die Entsorgungscoupons sowie die kostenlose Entsorgung von Sperrgut auch bei grösseren Mengen. Diese Punkte wurden von den Kommissionsmitgliedern unterschiedlich unterstützt. Schliesslich empfiehlt eine Mehrheit der Kommission, der PI zuzustimmen. Dem stimmt auch die Fraktion Die Mitte/EVP zu.



Kommissionsminderheit:

**Dominik Waser (Grüne):** *Wir wehrten uns von Anfang an gegen die PI und die Aufrechterhaltung der Entsorgungscoupons. Die Minderheit ist der Meinung, dass die Abschaffung der Coupons der richtige Entscheid ist. Deshalb unterstützen wir die PI nicht. In der Vergangenheit hatten wir unnötige Fehlanreize durch die Entsorgungscoupons. Wir sehen keinen Bedarf, das zu ändern. Es gibt diverse Angebote zur Entsorgung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Ursina Merkler (SP):** *Die Mehrheit und Minderheit sind bei diesem Geschäft vertauscht. Zu dieser unglücklichen formalen Verschiebung kam es aufgrund einer technischen Enthaltung in der Kommission. Tatsächlich ist die Mehrheit der Kommission gegen die PI. Die PI will mit Freimengen und Entsorgungscoupons zu einem alten System zurückkehren. Sie unterläuft das Verursacherprinzip. Die Sperrgutentsorgung soll fair sein. Wer viel entsorgt, soll mehr bezahlen. Die Erfahrung mit den Coupons zeigte, dass nur ein kleiner Teil der Haushalte sie nutzte. Die Allgemeinheit bezahlte somit dafür, dass einige Leute verbilligt oder gratis entsorgen konnten. Das ist weder verursachergerecht noch fair gegenüber jenen, die ihre Dinge länger brauchen, reparieren, verschenken, verkaufen oder weniger einkaufen. Die PI läuft dem neuen Konzept der Kreislaufwirtschaft und Förderung von Velo- und Fussverkehr komplett zuwider. Genau zu diesem Zweck wurden die mobilen Recyclinghöfe geschaffen. Der motorisierte Verkehr soll reduziert werden, indem unkompliziert in der Nachbarschaft entsorgt werden kann. Das wird mit der PI komplett durcheinandergebracht. Letztendlich einigten wir uns in der Kommission auf eine andere Lösung. Mit der Motion GR Nr. 2025/319 legten wir verschiedene Massnahmen vor, die die Bevölkerung tatsächlich entlasten. Die Motion, bei der die AL, SP und Grünen federführend waren, fasst verschiedene Punkte zusammen und baut auf Ideen von STR Simone Brander auf. Es geht um die Verdopplung der Kartonsammlung, die Gebührenbefreiung der Metallentsorgung sowie günstigere Tarife für Kleinmengen bei den zentralen Recyclinghöfen. Ausserdem werden zentrale und mobile Recyclinghöfe insofern gleichbehandelt, als dass bei der Anlieferung zu Fuss und per Velo an beiden Orten Sperrgut kostenlos abgegeben werden kann. Diese Massnahmen arbeiteten wir gemeinsam aus. Die Abmachung war, dass keine Fraktion an der PI festhalten würde, wenn die Massnahmen umgesetzt werden. Alle Fraktionen äusserten sich in der Kommission dahingehend, auch die FDP. Die PI schaut zurück anstatt vorwärts. Sie sabotiert das aktuell gültige Konzept, das auf Kreislaufwirtschaft, CO<sub>2</sub>-Reduktion und Klimaschutz ausgelegt ist und sie schafft Ungleichheiten. Wer die PI annimmt, versucht damit nur, Wählerstimmen zu gewinnen – ohne der Gesamtbevölkerung etwas Gutes zu tun.*

**Christian Häberli (AL):** *Auch die AL-Fraktion ärgerte sich seinerzeit über die Abschaffung der Entsorgungscoupons. Insbesondere, weil jene Menschen in der Stadt benachteiligt werden, die sich die neuen Gebühren nicht leisten oder nicht mit dem Auto nach Wallisellen oder Regensdorf zum privaten Entsorger fahren können. Im Verlauf der Kommissionsberatung zur PI lernte ich viel über Sperrgut. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz hätte wahrscheinlich auch hier einmal gesagt: «Es*



*ist alles sehr kompliziert.» Leider würden wir es mit der Wiedereinführung der Entsorgungscoupons, wie es die PI fordert, nicht einfacher machen. Wir müssten den ganzen Einnahmefall im Detail budgetieren. Wir müssten bei den mobilen Recyclinghöfen, die jetzt zum Fliegen kommen, eine komplizierte Wäge- und Inkassoinfrastruktur einführen. Das ist nicht verhältnismässig. Zusammen mit der SP und den Grünen reichten wir deshalb die Motion GR Nr. 2025/319 zur Revision der VAZ ein, die der Gemeinderat mit grosser Mehrheit dem Stadtrat überwies. Diese Motion gibt dem Stadtrat viel umfassendere Lösungsmöglichkeiten, die Abfallbewirtschaftung neu zu gestalten – auch bei den Gebühren und deren Stückelung – anstatt mit der Anpassung eines einzigen Artikels die Entsorgungscoupons wieder einzuführen. Die Motion setzt also mehr als das Anliegen der PI um – einfach ein bisschen anders als dort vorgesehen. Weil wir schon die bessere Lösung beschlossen haben, können wir die PI mit gutem Gewissen ablehnen.*

**Benedikt Gerth (Die Mitte):** *In der Kommission hatten wir eine Mehrheit, weil ihr euch enthalten habt, Ursina Merkler (SP). Sogar die SVP merkte, dass die mobilen Recyclinghöfe nicht wirklich praktikabel sind. Ueli Bamert, der Stadtratskandidat der SVP, hat ein Video gepostet, in dem er zeigt, wie mühsam es ist, mit Bus und Bahn Entsorgungen durchzuführen. Ich glaube nicht, dass ihr ernsthaft das Gefühl habt, dass das eine mehrheitsfähige, sinnvolle Lösung ist. Wenn man uns vorwirft, wir wären im Wahlkampf – das sind wir alle. Aber es handelt sich auch um einen Wunsch der Bevölkerung, der nicht auf unserem Mist gewachsen ist. Uns stört an der aktuellen Umsetzung der Stadt, dass Leute diskriminiert werden, die mit dem Auto anliefern. Stellen Sie sich vor, man würde schreiben, dass Leute mit anderen Transportmitteln oder andere Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen würden. Aus unserer Sicht betreibt der Stadtrat Ideologie ohne Vernunft und Verstand auf dem Rücken der sozial Benachteiligten. Sogar Christian Häberli (AL) sagte vorher, es sei ein soziales Thema. Ich glaube nicht, dass es Fehlanreize gibt, wenn man die Coupons wieder einführt. Die einzigen heutigen Fehlanreize sind, dass Dinge illegal oder unkorrekt entsorgt werden. Das will niemand und es bringt niemandem etwas, wenn man wiederverwertbare Rohstoffe verbrennen muss, weil die Leute sie nicht richtig entsorgen. Man spricht immer davon, dass eine gratis Entsorgung gar nicht möglich sei. Weshalb ist es dann bei den mobilen Recyclinghöfen möglich? Wenn ich zu Fuss in einen stationären Recyclinghof gehe, muss ich bezahlen. Wenn ich in einen mobilen gehe, nicht. Der Stadtrat widerspricht sich hier. Notabene diskriminiert er ungefähr die Hälfte der Bevölkerung, die ein Auto hat. Der Stadtrat sagt, es gebe immer weniger Leute mit Auto. Das ist prozentual richtig. Aber mit der Bevölkerungszunahme nehmen die Autofahrerinnen und Autofahrer zu. Wichtig ist uns die Gleichbehandlung der Anlieferung an mobilen und stationären Recyclinghöfen sowie die Sicherstellung der korrekten Entsorgung. Wir müssen nicht irgendwelche Kriege beginnen, sondern dafür sorgen, dass die Leute korrekt entsorgen. Die Einführung von Reparaturgutscheinen ist völliger Humbug. Wer etwas entsorgen will, entsorgt es und lässt es nicht reparieren.*

**Beat Oberholzer (GLP):** *Die Hauruck-Abschaffung der Entsorgungscoupons zwei Monate vor deren Ausstellung war tatsächlich kein Ruhmesblatt für STR Simone Brander. Man kann sagen, in der ersten Legislatur können handwerkliche Fehler passieren. Aber*



umso unverständlicher ist es für uns, dass dieser Fauxpas nicht korrigiert wurde, nachdem der Gemeinderat so viele Vorschläge, Kompromisse und Übergangslösungen auf den Tisch gelegt hatte. Der Tages-Anzeiger zählt mit, wie viele Runden in diesem Spiel schon gespielt wurden. Nach dem positiven Bezirksratsentscheid und der PI sind es zwei Runden mehr. Dass die Gratisentsorgung von 400 Kilogramm nicht mehr zeitgemäss ist, ist allen klar. Aber für die Abschaffung der Coupons gab es keinen politischen Vorstoss, keine Vorabinformation in der Kommission – nichts. Die offizielle Version, wie es dazu kam, ist nach wie vor unklar. Sagte eine Stimme vom Himmel STR Simone Brander eines Tages, dass die Rechtsgrundlage nicht ganz klar sei? Es sei ein Murks, die Coupons wieder einzuführen, sagte STR Simone Brander letztes Mal. Vielleicht wäre es ein «Mürksli», aber nicht zu vergleichen mit dem Murks, die Coupons über Nacht abzuschaffen. Die mobilen Recyclinghöfe bewilligte der Gemeinderat nur mit der Auflage, dass es eine Übergangslösung für die Entsorgungscoupons gibt. Das zog das TED vor den Bezirksrat. Der Bezirksrat gab aber dem Gemeinderat recht. Die nächste Runde ist die PI. Der Gemeinderat will damit die fehlende Rechtsgrundlage für die Übergangslösung schaffen. Es geht nicht um vier Entsorgungscoupons, sondern um zwei und später nur noch um einen. Schade, dass die AL nicht dabei ist. Damit könnten wir auch die Volksabstimmung umgehen. Mit zwei oder einem Entsorgungscoupon ist der Bruttoeinnahmeverzicht auch nicht höher als 20 Millionen Franken. Die GLP ist immer noch etwas irritiert über das unzimperliche Vorgehen, auch wenn einiges dafürspricht, die Coupons mittelfristig zu reduzieren. Das Gewicht der Wagen bei den Recyclinghöfen kann auf 10 Kilogramm anstatt auf 100 Kilogramm messen und es so abrechnen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir durch die PI erreicht haben. Wir stimmen der PI aber trotzdem zu, weil der Kern immer noch nicht erfüllt ist – nämlich eine sinnvolle Übergangslösung für die Entsorgungscoupons zu schaffen. Auch wenn das schwieriger wird, je länger es dauert. Das Votum von Dominik Waser (Grüne) war gar nicht so schlecht, obwohl er nicht vorbereitet war. Aber eigentlich hätte ich erwartet, dass du sagst, es müsse Balthasar Glättli kommen, um den TED-Laden aufzuräumen.

**Dominik Waser (Grüne):** Danke für das Kompliment, Beat Oberholzer (GLP). Wir drehen schon viele Runden. Die einen können es nicht akzeptieren, dass sich Dinge verändern oder Veränderung Positives bringen kann. Ich hoffe, dass wir das Spiel heute beenden können und wissen, dass wir diese Coupons nicht mehr brauchen. Die Bevölkerung hätte vieles gar nicht mitbekommen, wenn die Medien nicht so ausführlich darüber geschrieben hätten. Die meisten Leute hätten gar nicht gemerkt, dass sie keine Coupons mehr haben. Es ist spannend, dass immer gesagt wird, die Mehrheit der Bevölkerung wolle diese Coupons. Wir wissen, dass die meisten Coupons im Abfall landeten. Wie viel Papier das war, ist eine andere Frage. Wir haben verschiedene, vielfältige Angebote. In diesem Zusammenhang den Begriff Diskriminierung zu brauchen, ist daneben. Ich kann auch nicht mit dem Velo in den Coop fahren, um einzukaufen. Wir freuen uns, wenn wir die Diskussion beendet haben. Im Gemeinderat wird von der rechten Seite oft gesagt, dass alles schlecht sei. Wir leben in einer Stadt, in der die meisten Leute Möglichkeiten zum Entsorgen und Recyceln haben, von denen andere träumen.



**Dr. Emanuel Tschannen (FDP):** Die PI für eine konsumentenfreundliche Sperrgutentsorgung wurde vor einem Jahr eingereicht. Ausgelöst wurde sie durch eine Nacht- und Nebelaktion des TED, das die 20-jährige Praxis der unentgeltlichen Entsorgungscoupons am 16. November 2024 einstellte. Mehrere Parteien von links bis rechts forderten die Beibehaltung der Coupons. Als dies passierte, hielt ich es zuerst für ein politisches Strohfeuer. Was wäre einfacher gewesen, als die Coupons über eine Frist von zwei bis drei Jahren auslaufen zu lassen? Wahrscheinlich hätte kein Hahn danach gekräht. Den unerbittlichen Widerstand der Stadträtin und ihren Kampf um jeden Meter, jeden Haushalt und jeden Coupon hätte ich damals nicht für möglich gehalten. Als wir in der Kommission die übergangsweise Beibehaltung der Coupons verlangten, wurden uns rechtliche Totschlagargumente an den Kopf geworfen. Es hiess, die Einheit der Materie oder übergeordnetes Recht seien verletzt. Mehrere Rechtsgutachten widerlegten den Stadtrat. Trotzdem wurde der anderslautende Beschluss des Gemeinderats an den Bezirksrat weitergezogen. Dieser wies die Beschwerde ab. Trotzdem weigert sich der Stadtrat beharrlich, den mittlerweile rechtskräftigen Beschluss umzusetzen. Diese Arbeitsverweigerung und die selektive Arbeitsanwendung durch eine Schweizer Exekutive hätte ich mir nie träumen lassen. Im Rahmen der Diskussionen boten wir mehrmals Hand für pragmatische Lösungen und einen Kompromiss. Mit der Weisung zu den mobilen Recyclinghöfen schlugen wir eine Übergangslösung vor. Die von uns ursprünglich mitinitiierte dringliche Motion zur Anpassung und Optimierung der VAZ war erneut ein Kompromiss. Wir haben nicht versprochen, Ursina Merkle (SP), dass wir die PI zurückziehen, wenn die dringliche Motion kommt. Wir stellten einige Kernforderungen in den Raum, die nicht Teil der dringlichen Motion waren. Deshalb verstanden wir die dringliche Motion nicht als Ersatz der PI, obwohl wir sie trotzdem unterstützten, weil sie in die richtige Richtung zielt. Die Stadträtin, die SP und die Grünen haben sich im Rahmen der Diskussionen leider keinen Millimeter bewegt. Vielmehr haben sie sich eingegraben. Konsensfindung ausserhalb der eigenen Familie gehört anscheinend nicht zum politischen Repertoire. Das sture Festhalten an der eigenen Überzeugung – auch zu Themen, die den sozialen Frieden nicht wahnsinnig berühren und das Klima weder zerstören noch retten – scheint Programm zu sein. Eigentlich geht es im Kern um die Umerziehung der Bevölkerung. Darum sind wir heute da, wo wir sind. Wir diskutieren eine PI zum langfristigen Erhalt eines Entsorgungscoupons und zur unentgeltlichen Entsorgung von Kleinmengen bis zu 25 Kilogramm. Das mag im Licht der aktuellen Ereignisse im Iran übertrieben wirken. Tatsächlich geht es aber um mehr: Es geht um Machtmissbrauch und darum, diesem Einhalt zu gebieten. Es geht darum, dass die offensichtliche Missachtung eines Mehrheitsentscheids des Parlaments öffentlich gemacht und beendet werden muss. Es geht darum, einen massvollen Kompromiss im Interesse der Bevölkerung umzusetzen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Es geht darum, der Regierung zu zeigen, dass zumindest hier in Zürich die Meinung der demokratischen Opposition nicht einfach ignoriert werden kann und man Hand zu Lösungen bieten muss. Es geht darum, dass Mehrheitsbeschlüsse des gewählten Parlaments von der Regierung umzusetzen sind. Wenn die Medien helfen, dass das Thema aufs Tapet kommt, sind sie nicht böse, Dominik Waser (Grüne), sondern erfüllen ihre Aufgabe als vierte Gewalt. Auch wenn die Regierung keine Freude an den Ideen der Opposition oder des Parlaments zur Weisung zum mobilen Recyclinghof hat, muss sie diese umsetzen. So funktioniert unsere Demokratie.



**Stephan Iten (SVP):** Bei den Argumenten von Links-Grün schaudert es mich. Da kommt ein Widerspruch nach dem anderen. Und dann wirft uns Ursina Merkle (SP) noch Wahlkampf vor. Gerade Links-Grün fordert Mittwoch für Mittwoch Gratis-Angebote, wirft uns aber bei den Entsorgungscoupons Wahlkampf vor. Es wird ausserdem vom Verursacherprinzip gesprochen. Da muss man mir schon erklären, was an den mobilen Recyclinghöfen verursachergerechter ist. Ist es gerechter, dass jene, die ohne Auto kommen, belohnt und alle anderen bestraft werden? Ich staune, wie Ursina Merkle (SP) die PI als Anlass nehmen kann, gegen das Auto zu bashen. STR Simone Brander sagt immer, die Entsorgungscoupons seien nicht gesetzeskonform. Ich verstehe echt nicht, was an den mobilen Recyclinghöfen gesetzeskonformer sein soll. Das Verursacherprinzip gilt auch bei den mobilen Recyclinghöfen. Das Argument der Kartonsammlung zu bringen, die nun dank der SP jede Woche stattfindet, ist komplett zusammenhangslos. Karton brachte man nie zur Sammelstelle und darf ihn auch bei den mobilen Recyclinghöfen nicht abgeben. Man sieht bereits, wie Möbel illegal auf der Strasse entsorgt werden. Dann muss ERZ trotzdem kommen und das Sperrgut abholen. Was ist daran verursachergerechter oder günstiger als die Entsorgungscoupons? Und ist es umweltfreundlicher, wenn ich mit dem Auto ins Entsorgungscenter Mülliland nach Wallisellen fahre, um meinen Abfall gratis zu entsorgen? Widersprüche über Widersprüche. Wenn ihr der Meinung seid, die Bevölkerung wolle lieber die mobilen Recyclinghöfe anstatt Entsorgungscoupons und meint, ihr müsset die PI abschmettern, kann ich sagen: Die SVP hat bereits eine Initiative lanciert. Die Bevölkerung wird darüber bestimmen können, ob sie die Coupons will oder nicht – auch wenn ihr heute Abend die PI ablehnt.

**Michael Schmid (AL):** Ich möchte einige Behauptungen von Benedikt Gerth (Die Mitte) richtigstellen. Er sagte, der Autoanteil in der Stadt Zürich würde zwar relativ abnehmen, aber wegen des Bevölkerungswachstums zunehmen. Das ist sachlich falsch. Trotz steigender Bevölkerung nimmt der Autobestand in der Stadt Zürich auch in absoluten Zahlen massgeblich ab. Er schüttelt den Kopf und soll das deshalb mit Statistik Stadt Zürich diskutieren, die das in aller Klarheit aufzeigte. Benedikt Gerth (Die Mitte) sagte auch, es gebe eine Diskriminierung von Autofahrenden. Ich würde sagen, eine Diskriminierung gab es, bevor die mobilen Recyclinghöfe eingeführt wurden. Damals bestanden sehr hohe praktische Hürden, um ohne Zugang zu einem Auto entsorgen zu können. Ich fuhr auf jeden Fall nicht mit dem Veloanhänger ins Hagenholz, wie ich es jetzt bei den mobilen Recyclinghöfen mache. Ich musste jeweils ein Mobility mieten. Eine Diskriminierung ist aber auch deshalb falsch, weil niemand aufgrund des Besitzes eines Fahrzeugs oder Fahrausweises ein Angebot der Stadt nicht nutzen darf oder andere Gebühren zahlen müsste. Die mobilen Recyclinghöfe sind wirklich praktisch. Von mir aus dürften sie auch etwas kosten. Das ergibt aber wahrscheinlich nicht viel Sinn, weil die Erhebung der Gebühren mehr Aufwand bedeutete, als man mit den Gebühren einnimmt. Sie sind so attraktiv, dass ich es sinnvoll finde, wenn die Leute nicht quer durch die Stadt oder von ausserhalb Zürichs anfahren, um den mobilen Recyclinghof zu benutzen. Aus diesem Grund finde ich es sinnvoll, dass die Zufahrt mit dem Auto zu den mobilen Recyclinghöfen ausgeschlossen ist – nebst den Problematiken, die sich durch Zufahrt und Parkierung an den jeweiligen Orten ergeben würden. Es ist klar, dass die Situation bei den sta-



*tionären Recyclinghöfen eine andere ist als bei den mobilen. Deshalb ist es dort vielleicht einfacher und sinnvoller, eine Gebühr zu erheben, um die Effekte zu vermindern, dass Leute von ausserhalb – wie in Wallisellen – die städtische Dienstleistung nutzen. Über die Höhe der Gebühr können wir diskutieren, damit sie angemessen und mit umliegenden Gemeinden vergleichbar ist. Dafür ist die Motion, die Christian Häberli (AL) erwähnte, unterwegs. Entsorgungsgutscheine waren zum Teil so attraktiv, dass sie auch an Auswärtige verschenkt oder zum Verkauf angeboten wurden. Auch deshalb finde ich es nicht sinnvoll, diese weiterzuführen. Was die illegale Entsorgung angeht, sehe ich keine Veränderung, seit die Entsorgungsgutscheine nicht mehr verfügbar sind. Die Hürde, seine Möbel zu entsorgen, ist vor allem organisatorischer Art – sie zu einem mobilen oder stationären Recyclinghof zu bringen – nicht die bescheidene Gebühr. Ich bin froh um das viel niederschwelligere Angebot der mobilen Recyclinghöfe.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Stellung.

**STR Simone Brander:** *Seit der letzten Debatte über die Entsorgungscoupons hat sich die Weltkugel knapp 300-mal gedreht. In der verstrichenen Zeit ist viel passiert. Die Welt ist in Zürich auch hinsichtlich der Entsorgung eine andere. Früher gab es elf Standorte des Cargo-Trams. Wer eines in der Nähe hatte, hatte Glück. Ausserdem gab es Entsorgungscoupons. Wer kein Auto hatte, der oder die hatte Pech. Unser Ziel war es, dass Entrümpeln und Entsorgen in der Stadt Zürich keine Frage von Glück oder Pech mehr sein soll. Wir wollten gleich lange Spiesse für alle. Wer im Quartier kleinere Sperrgutmengen von Hand entsorgt, soll das kostenlos tun können. Wer grössere Mengen mit dem Auto durch die Stadt karrt, soll das weiterhin tun können. Aber für einen kleinen und fairen Betrag – so wie es überall im Kanton Zürich und im Rest der Schweiz gehandhabt wird und gesetzlich vorgesehen ist. Per Ende dieses Jahres sieht die Welt also anders aus. Der mobile Recyclinghof von ERZ wird regelmässig 32 Standorte in der ganzen Stadt anfahren. Mehrmals im Jahr wird es in jedem Wohnquartier und nahe bei den Leuten eine Entsorgungsstelle geben. Seit ein paar Monaten wird das Standort um Standort umgesetzt und die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Die Zürcher\*innen nehmen das Angebot gut und gerne an – inklusive der vorhandenen Tauschbörsen. Seit Anfang 2026 haben wir auch die Kartonentsorgung – mit der verdankenswerten Unterstützung des Gemeinderats in der letzten Budgetdebatte – hochgefahren. Karton wird neu jede Woche abgeholt. Es ist wie mit der Routenführung bei den Trams: Es braucht noch ein bisschen Zeit, bis man sich an den neuen Kalender gewöhnt hat, aber es funktioniert. Dasselbe gilt für das «Josy». Dort herrscht fast schon Hochbetrieb und viele Gegenstände finden neue Besitzer\*innen: von Skischuhen über Salatbesteck oder Kinderkleider. Die Welt ist in der Stadt Zürich in Sachen Entsorgung und Kreislaufwirtschaft heute eine andere als im März 2025 und noch einmal eine andere als vor eineinhalb Jahren. Damals kündigten wir an, dass wir künftig auf die sogenannten gratis Entsorgungscoupons verzichten werden. Ich sage nicht, alles sei perfekt. Wir haben noch einigen Anpassungsbedarf. Genau das ist der Zweck der Motion GR Nr. 2025/319, die die Mehrheit des Gemeinderats überwies. Sie verlangt, dass wir die VAZ revidieren. Unter anderem strebt sie eine andere Preisstückelung an. Das finde ich sinnvoll. Wir möchten,*



*dass die Entsorgung für alle bezahlbar ist und die Preise fair sind. Die PI hingegen will die Weltkugel zurückdrehen. In eine Zeit, in der jene belohnt wurden, die möglichst viel Abfall produzierten. Und zwar auf Kosten jener, die Sperrgut vermieden haben sowie auf Kosten von Gewerbebetreibenden in der Stadt, die für alle anderen bezahlten, aber für ihre Betriebe nichts erhielten. Es war eine ganz und gar verkehrte Welt. Es ist für alle selbstverständlich, dass wir für jeden 17- oder 35-Liter-Züri-Sack brav eine Gebühr bezahlen. Aber wenn wir 200 Kilogramm wegwerfen, sollen andere dafür blechen? Das ist nicht die Stadt Zürich im Jahr 2026, die Schritt für Schritt ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert. Es war eine absurde Zeit, in der Coupons verschenkt oder weiterverkauft wurden und Autos mit ausserkantonalen Kennzeichen in der Stadt herumfahren, um bei uns ihr Sperrgut loszuwerden. Diese Zeit kann man nicht zurückdrehen, auch nicht mit einer PI. Die PI will, dass wir für das Jahr 2025 nachträglich Freimengen einführen. Damit könnten Zürcher\*innen nachträglich letztjähriges Sperrgut kostenlos abliefern. Aber das Jahr 2025 ist vorbei. Das Jahr 2026 hat angefangen und wenn der Gemeinderat die PI beschliessen würde, kann ich nicht heute Abend ins Büro gehen und auf dem Drucker 200 000 Coupons erstellen. Vor allem darf ich das nicht. Der zitierte Bezirksamtsentscheid hielt fest, dass es sich um eine Ausgabe handle, die einen entsprechenden Ausgabenbeschluss brauche. Falls die PI angenommen werden sollte, startet das einen Prozess. Im Rahmen dieses Prozesses muss die geänderte VAZ zuerst vom Kanton geprüft und genehmigt werden. Erst dann könnten wir einen Weg finden, wie wir diesen Beschluss umsetzen. Bis es so weit wäre, haben wir ein flächendeckendes Angebot der mobilen Recyclinghöfe und sind sicher einen entscheidenden Schritt weiter bei der Umsetzung der Motion GR Nr. 2025/319. Wir werden eine bessere und faire Preisstruktur bei den stationären Recyclinghöfen haben, wo man wie immer bei grösseren Entrümpelungen seinen Sperrmüll abgeben kann. Heute halt einfach auf eigene Kosten und nicht auf Kosten der anderen. Es gibt keinen sachlichen Grund, die Zeit zurückzudrehen. Wir haben ein Angebot für alle. Wir haben eine Entsorgung, die nicht mehr auf Glück und Pech setzt. Wir haben insgesamt nicht weniger, sondern mehr Angebote; nicht schlechtere, sondern bessere. Das alles in einem Zürich, das etwas für sein Klimaziel tut.*

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der geänderte Artikel der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) gemäss Antrag der Mehrheit der SK TED/DIB ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.



10 / 10

Die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) vom 2. Februar 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Art. 45

Abs. 1–2 unverändert

Abs. 3 Bei Anlieferung von Sperrgut an dezentral oder zentral gelegenen Orten verzichtet die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühr pro Haushalt und Jahr für die folgenden Mengen:

- a. in den Jahren 2025–2027: 200 kg
- b. ab dem Jahr 2028: 100 kg

Abs. 4 Für die Anlieferung von Kleinmengen bis 25 kg und bei Sperrgutaktionen, die der Entrümpelung von Haushalten dienen, kann die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühren für Sperrgut verzichten.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat